

**Antragsmappe
für den Schleswig-Holstein Rat.
Digital am 27. Februar.**

1 **Antragssteller: Kommission Digitales**

2 **Antrag 1:**

3 **Chancen der Digitalisierung in der kommunalen Selbstverwaltung weiter nutzen**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Klare und verlässliche Vorgaben für die Kommunen, wie sie die Digitalisierung
- 6 der kommunalen Selbstverwaltung umsetzen können
- 7 • Eine einheitliche Plattform für digitale Sitzungen, die den Anforderungen von
- 8 Gemeindeordnung und Datenschutz gerecht wird
- 9 • Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung durch das Land, beispielsweise
- 10 in Form von Schulungen

11 **Begründung:**

12 Mit der Anpassung der Gemeindeordnung im September 2020 wurde die Möglichkeit
13 geschaffen in bestimmten Ausnahmefällen, wie zum Beispiel zum Infektionsschutz,
14 Sitzungen der Gemeindevertretungen auch digital abzuhalten. Damit bietet sich die
15 Chance auch weiterhin die Entscheidungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen und
16 gleichzeitig dem Infektionsschutz gerecht zu werden. Um diese Möglichkeit zu nutzen,
17 bedarf es aber einer Reihe technischer Voraussetzungen, die noch nicht überall im Land
18 gegeben sind. So muss weiterhin die Öffentlichkeit dort gewährt werden, wo die
19 Gemeindeordnung nicht explizit die Vertraulichkeit fordert. Bei Nichtöffentlichen
20 Beratungspunkten, wie bei Vertrags- und Personalangelegenheiten, muss hingegen die
21 Vertraulichkeit gewährt werden können und die Öffentlichkeit anschließend wie
22 gesichert hergestellt werden können.

23 Besonders in der Anfangszeit gibt es bei vielen Gemeinden Bedenken hinsichtlich der
24 Umsetzung. Hier braucht es beispielsweise klare Vorgaben, welche Anforderungen
25 auch in Hinsicht auf den Datenschutz und das Recht am eigenen Bild erfüllt sein müssen.
26 Es darf hierbei nicht dazu kommen, dass die Hemmschwelle für die Beteiligung an der
27 Debatte in der Sitzung der Gemeindevertretung dadurch steigt, dass man befürchten
28 muss mit seiner Wortmeldung unmittelbar und unwiderruflich im Internet präsentiert
29 zu werden.

30 **Auch muss sichergestellt werden, dass die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker über die**
31 **notwendigen Endgeräte verfügen und mit der Konferenztechnik vertraut sind.**

32 **Hier können junge Kommunalpolitiker dazu beitragen, Wissen über die Nutzung**
33 **digitaler Medien sowohl an ältere Kommunalpolitiker als auch an die Verwaltungen zu**
34 **vermitteln. Gerade zu Beginn sind hier auch höhere Kosten für Technik und Personal**
35 **einzuplanen, denn die Etablierung digitaler Prozesse erfordert viel Planung und Geduld**
36 **in der Umsetzung.**

37 **Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren bereits auf einen digitalen Sitzungsdienst**
38 **mit Ratsinformationssystemen und Tablets umgestellt, sodass ein erster wichtiger**
39 **Schritt bereits getan ist. Dieser Weg muss nun aber konsequent weiterverfolgt werden,**
40 **und idealerweise mit einer Videokonferenzlösung kombiniert werden.**

41 **Die Erarbeitung einer landesweit einheitlichen Lösung ist zwar bereits in Arbeit, aber**
42 **wird für eine kurzfristige Umsetzung vermutlich noch nicht zur Verfügung stehen.**
43 **Sobald diese aber verfügbar ist, muss es auch entsprechende Angebote zur Schulung für**
44 **Verwaltungen und Kommunalpolitiker geben, um einen sicheren Einsatz zu erzielen.**

1 *Antragssteller: Kommission Gesellschaft und Soziales*

2 **Antrag 2:**

3 **Chancengleichheit für Hörgeschädigte schaffen**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Sämtliche Unterstützungsangebote für Menschen mit Beeinträchtigung zentral
6 aufbereitet und entsprechende Behördenformulare auch in leichter Sprache
7 verfasst werden
- 8 • Eine Konzepterstellung für Regelschulen für ein Unterrichtskonzept von
9 beeinträchtigten Schüler (z.B. die Raumgestaltung)
- 10 • Die Schulungen für Lehrkräfte an Regelschulen auch das Thema
11 Klassenintegrität und Mobbing beinhalten
- 12 • in Deutschland mehr Möglichkeiten für ein Aufbaustudium im Bereich
13 Hörgeschädigtenpädagogik geschaffen werden.
- 14 • Die Einführung mind. eines barrierefreien Studiengangs an jeder Hochschule in
15 Deutschland.

16 **Begründung:**

17 Wenn ein Kind mit einer Behinderung zur Welt kommt, wird das Umfeld meist
18 unerwartet vor große Herausforderungen gestellt. Ebenso, wenn ein Kind, Jugendlicher
19 oder Erwachsener im Laufe des Lebens eine Behinderung erwirbt. So geht es laut dem
20 Deutschen Gehörlosen-Bund ca. 83.000 Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung in
21 Deutschland.

22 Ist ein Anfänglicher Schock überwunden, beginnt die therapeutische Förderung, um das
23 Kind individuell den besten Start ins Leben zu ermöglichen und es bestmöglich auf die
24 Herausforderungen der Gesellschaft vorzubereiten. Für die Eltern und Angehörigen ist
25 es nicht einfach herauszufinden, welche Hilfen es gibt und wo sie zu erhalten sind. Für
26 die Betroffenen selber ist der Weg in ein selbstbestimmtes Leben oft erschwert. An
27 solch einem Punkt im Leben würden zentral zugängliche digitale Hilfestellung seitens
28 des Landes helfen, in denen sämtliche Unterstützungsangebote erklärt und aufgelistet
29 sind. Der digitale Zugang, wie auch die entsprechenden Behördenformulare, sollten in
30 leichter Sprache verfasst sein, um Teilhabe zu ermöglichen.

Bei schwerhörigen oder gehörlosen Kindern ist der Erfolg der Integration stark von den richtigen Therapien und Unterstützungsmöglichkeiten abhängig. Diese werden jedoch, vor Allem wenn es um die inklusive Beschulung in Regelschulen geht, nicht vollständig ausgeschöpft, was eine Benachteiligung betroffener Schüler zur Folge hat. Dass die Unterstützungsmöglichkeiten nicht immer ausgeschöpft werden können, hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen nehmen zusätzliche Schulungen für Lehrkräfte einen langen Zeitraum in Anspruch und sind nur zielführend, wenn sie flächendeckend erfolgen, um betroffene Schüler adäquat zu fördern. Nur so hat jeder Schüler die Möglichkeit gleichberechtigt am Unterricht teilzunehmen. Ebenso müssen in jedem Raum, in dem der Schüler unterrichtet werden, spezielle Akustikdecken eingebaut sein, da ansonsten keine gleichwertigen Lernbedingungen geschaffen werden können. Gerade in Regelschulen ist es nicht immer leicht eine Klassenintegrität herzustellen. So bedeutet es für die beeinträchtigten Schüler eine deutlich höhere Anstrengung dem Unterricht und Klassengeschehen zu folgen, wodurch es eher zu Mobbing und schlechteren schulischen Leistungen betroffener Schüler kommt. Einigen bleibt keine andere Möglichkeit, als der Wechsel in ein Landesförderzentrum. Dies bedeutet für den Schüler zwar eine Entlastung und gleichwertige Behandlung, dem könnte jedoch mit besserer Förderung und Nachteilsausgleich entgegengewirkt werden. Eine Beschulung sollte im Sinne des betroffenen Kindes längst- und bestmöglich im regulären Klassenverbund ermöglicht werden.

Neben der Schulung von Lehrkräften in Regelschulen fehlt auch ein bundesweit zugängliches Aufbaustudium für Lehrer an Landesförderzentren für Hörgeschädigtenpädagogik. Deutschlandweit gibt es dieses Aufbaustudium nur in fünf Städten. Auch Studienangebote für speziell für Hörgeschädigte werden in Deutschland nur vereinzelt angeboten. Weite Wege entmutigen potenzieller Studierende, die aufgrund ihrer Behinderung Schwierigkeiten haben, sich aus ihrem bekannten Umfeld zu lösen. Diese Bedingungen erschweren einen Chancengleichen Bildungsweg und lassen Potenziale unentdeckt.

1 *Antragssteller: Kommission Bildung*

2 **Antrag 3:**

3 **Differenzierung an Gemeinschaftsschulen**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Lerngruppen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse 7 verpflichtend in den
6 Hauptfächern nach Leistung in erhöhtes und grundlegendes Niveau zu teilen
7 • die verpflichtende Teilnahme am ESA für alle Schülerinnen und Schüler an der
8 Gemeinschaftsschule

9 **Begründung:**

10 An Gemeinschaftsschulen wird man mit einer immer größer werdenden Heterogenität
11 in der Schülerschaft konfrontiert. Vielfalt besteht nicht nur hinsichtlich kultureller und
12 sozialer Herkunft, sondern auch hinsichtlich Interessen, Motivation und
13 Leistungsfähigkeit. Dies stellt nicht nur die Schüler selbst, sondern auch die Lehrer vor
14 neue Herausforderungen.

15 Leistungsstarke Lernende erreichen schneller als leistungsschwächere Lernende
16 dasselbe Lernziel. Leistungsschwächere brauchen hingegen mehr Übungen. Beide
17 müssen gefördert und gefordert werden. Dies lässt sich einfacher in Lerngruppen
18 umsetzen, in denen die Lernende in etwa auf dem gleichen Leistungsstand sind. Auf
19 diese Weise kann die Schülerschaft besser auf die verschiedenen Abschlüsse vorbereitet
20 werden. Die Durchlässigkeit des Systems muss dabei gewährleistet sein.

21 Zudem besteht an Gemeinschaftsschulen die Gefahr, dass Schüler, die einen höheren
22 Abschluss als den ESA anstreben, kurz vorher abbrechen oder durch die Prüfung fallen.
23 Diese stehen dann eventuell ganz ohne Schulabschluss da. Die Anzahl der
24 Schulabgänger ohne Abschluss beläuft sich momentan auf rund 10%, die Tendenz ist
25 steigend. Es ist wichtig, diese Entwicklung zu stoppen.

1 *Antragssteller: Kommission Innen und Recht*

2 **Antrag 4:**

3 **Perspektiven der Feuerwehr im ländlichen Raum aufzeigen**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • eine Unterstützung der Integration der Feuerwehrrarbeit in den Schulalltag durch
- 6 Kommunen und Bildungsministerium
- 7 • Die Aus- und Weiterbildung muss für aktive ehren- und hauptamtliche
- 8 Feuerwehrleute zu jeder Zeit sichergestellt sein. Hierfür sind auch
- 9 Präsenzveranstaltungen unabdingbar, um sicherzustellen, dass Einsatzkräfte
- 10 jederzeit handlungsfähig und insbesondere bei Sonderausbildungen
- 11 (Atemschutzgeräteträger) die Kompetenzen erhalten bleiben.
- 12 • eine Ausstattung der Feuerwehren mit den technischen Voraussetzungen zur
- 13 effizienten Gefahrenbekämpfung im 21. Jahrhundert, beispielhaft durch
- 14 Löschcontainer für E-Autos
- 15 • Aktive Arbeit zur Umsetzung des JU Beschlusses zur Bekämpfung der Gewalt
- 16 gegen Einsatzkräfte
- 17 • Anerkennung der Bildungsmaßnahmen für die Feuerwehr nach dem
- 18 Weiterbildungsgesetz S-H im Nordverbund zur Verbesserung der
- 19 Einsatzbereitschaft von Pendlern
- 20 • Förderung und Unterstützung von Doppelmitgliedschaften in der Wehr am
- 21 Wohnort und am Arbeitsplatz

22 **Begründung:**

23 Die freiwilligen Feuerwehren und die kleinteilige Gemeindestruktur in Schleswig-
24 Holstein stehen in einer langen, gegenseitig unterstützenden Verbindung. In vielen
25 ländlichen Gemeinden ist die lokale Feuerwehr ein zentraler Akteur des ehrenamtlichen
26 Vereinslebens und die Wache oftmals der einzige öffentliche Veranstaltungsraum.
27 Außerdem leisten unsere Wehren neben dem Brandschutz in der Kommune wichtige
28 Aufgaben von Katastrophenschutz über Jugendbildung bis hin zur Unterstützung
29 jeglicher Art bei öffentlichen Festen und Turnieren. Hierfür gebührt ihnen unser
30 Respekt und Dank. Auch ist eine Überprüfung der Kompetenzverteilung innerhalb der
31 Kommune zwischen Feuerwehr und kommunalen Betrieben, beispielsweise Bauhöfen,

32 eine Option. Jeder kommunale Funktionsträger sollte die Feuerwehr als eine Priorität
33 kommunaler Daseinsfürsorge anerkennen.

34 Jedoch werden insbesondere die kleinen Wehren vor immer neue Herausforderungen
35 gestellt. Ein zentrales Problem ist die Nachwuchsgewinnung, bzw. Aufrechterhaltung
36 einer einsatzfähigen Wehr. Bedingt durch Landflucht und einen veränderten
37 Arbeitsalltag musste so vereinzelt auf zwangsverpflichtete Einwohner zum Fortbestand
38 zurückgegriffen werden. Eine Umkehr dieses Trends ist nicht ersichtlich.

39 Hinzu kommt die technische Ausstattung. Verantwortlich für die Finanzierung der
40 Feuerwehr sind im Regelfall die kommunalen Haushalte. Auch ohne die
41 pandemiebedingten finanziellen Einbußen sind viele technische Ausstattungen der
42 kleineren Wehren nur mit hohem persönlichem Einsatz noch im betriebsbereiten
43 Zustand. Hinzu kommen stetig neue Anforderungen an die Wachen in Bezug auf
44 Arbeitssicherheit, sowie neue Herausforderungen wie E-Autos oder die steigenden
45 Waldbrandrisiken infolge des Klimawandels.

46 Die Junge Union Schleswig- Holstein erachtet es deshalb für sinnvoll, neue Wege bei
47 Rekrutierung und Finanzierung zu gehen. Um bereits junge Menschen für die
48 Feuerwehrarbeit zu begeistern, erscheint eine engere Kooperation mit Schulen,
49 beispielsweise als Wahlpflichtfach oder als offenes Ganztagsschulangebot hilfreich.
50 Neben Teamfähigkeit haben junge Leute bei der Feuerwehr die Möglichkeit, praktische
51 technische Fähigkeiten zu erlernen und Qualifizierungen zu erwerben.

52 *Antragssteller: Kommission Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik*

53 **Antrag 5:**

54 **Konsequenz in der europäisch-chinesischen Außenpolitik**

55 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 56 • die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, auf alle
57 Mitgliedsstaaten der EU hinzuwirken, um bilaterale Gipfel und Abkommen zu
58 verhindern;
- 59 • die punktuelle Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzip der Europäische Union
60 im Bereich der Außenpolitik;
- 61 • eine Überarbeitung und Vertiefung des EU-China-Investitionsabkommen, um
62 die Chancengerechtigkeit für ausländische Investoren zu verbessern;
- 63 • die Europäische Union auf, sich in den Bereichen der Schlüsselindustrien
64 unabhängig von China aufzustellen.
- 65 • die territoriale Integrität anderer Staaten in der Region zu gewährleisten.

66 **Begründung:**

67 Die Beziehungen der Europäischen Union und der Volksrepublik China sind vielfältig
68 und komplex. Für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind sie
69 Herausforderung und Chance zugleich. Einerseits sind die Beziehungen von
70 Kooperation und gegenseitigem Respekt geprägt. Dazu gehören die intensiven
71 Handelsbeziehungen sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel.
72 Zudem ist der kulturelle und universitäre Austausch ein Gewinn für beide Seiten.

73 Andererseits ist anzuerkennen, dass es sich bei der Volksrepublik China um einen
74 „systematischen Rivalen“ handelt. Dem europäisch-chinesischen Verhältnis liegt ein
75 grundlegend unterschiedliches Verständnis der Bedeutung individueller
76 Freiheitsrechte und humanitärer Grundsätze zugrunde. Diese Unterschiede führen zu
77 einem Wettbewerb der Systeme. China unter der Führung der Chinesischen
78 Kommunistischen Partei (CCP) ist eine Herausforderung für die liberalen,
79 demokratischen Strukturen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten
80 geworden. Ziel der Europäischen Union sollte es sein, in Zusammenarbeit mit anderen

81 Staaten, die die freiheitlich-demokratischen Grundwerte anerkennen, – insbesondere
82 mit den Vereinigten Staaten – ein Gegengewicht zu China zu bilden.

83 China hat seine Anstrengungen intensiviert, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu
84 nehmen. Teil dieser Strategie ist es, verschiedene Mitgliedsstaaten individuell zu
85 beeinflussen und diesen Einfluss gezielt einzusetzen, indem beispielsweise
86 strategischer Entscheidungen blockiert werden. Deswegen sind Formate wie der China-
87 Mittel-Ost-Europa-Gipfel (17+1-Gipfel) oder die Partnerschaft Italiens mit der ‚One
88 Belt, One Road‘-Initiative unangemessen. Der Einfluss auf einzelne Mitgliedsstaaten
89 der europäischen Union lässt sich anschließend im Einzelfall ausnutzen. Das ist
90 inakzeptabel. Ergebnis sind mehrfache Vetos – u.a. aus Ungarn und Griechenland, wo
91 China den Hafen von Piräus gekauft hat – gegen eine Kritik der Europäischen Union an
92 Chinas Außenpolitik und dem Umgang mit Menschenrechten. In diesem
93 Zusammenhang ist es auch notwendig, das Einstimmigkeitsprinzip punktuell im Bereich
94 der Außenpolitik abzuschaffen.

95 Darüber hinaus sind europäische und chinesische Unternehmen Wettbewerber.
96 Während die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ausländischen Investoren und
97 Marktteilnehmern auch aus China umfangreiche Möglichkeiten bieten, sind
98 europäische Unternehmen in China noch immer strukturell benachteiligt. Dazu gehören
99 Beschränkungen im Bereich von Auslandsinvestitionen in China. Zwar hat das kürzlich
100 abgeschlossene EU-China-Investitionsabkommen Verbesserungen herbeigeführt.
101 Diese sind aber nicht ausreichend. Ausländische Investitionsmöglichkeiten sowie der
102 Schutz intellektuellen Eigentums in China müssen weiter verbessert werden, um gleiche
103 Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Des Weiteren muss der Schutz europäischer
104 Investitionen in China, wie es anfänglich im EU-China-Investitionsabkommen
105 vorgesehen war, in Zukunft gewährleistet werden.

106 Für die Europäische Union ergeben sich folgende Herausforderungen:

107 Die Mitgliedsstaaten dürfen sich nicht in verschiedenen Gruppen gegeneinander
108 ausspielen lassen. Dazu gehört, dass verschiedene chinesische Initiativen, die darauf
109 abzielen, gezielt mit einigen wenigen Mitgliedsstaaten themenspezifisch zu
110 verhandeln, abgelehnt werden müssen.

111 **Chinesische Versuche, beispielsweise in der Corona-Pandemie durch gezielte**
112 **Hilfsmaßnahmen an ausgewählte Länder Missmut zu sähen, sind zu verurteilen.**
113 **Vielmehr muss die Europäische Union zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten dafür**
114 **sorgen, zukünftig ihre Versorgungsabhängigkeit in Schlüsselbereichen zu vermindern.**
115 **Dazu gehören insbesondere die Gesundheits- und die Energieversorgung sowie der**
116 **Informations- und der Kommunikationssektor. Die Sicherheit und Integrität dieser**
117 **Schlüsselindustrien liegen im elementaren Interesse der Europäischen Union.**

118 **Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Europäische Union muss die Behandlung**
119 **von Minderheiten und politischen Dissidenten in China konsequent verurteilen. In**
120 **Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss hierbei auch die**
121 **Unabhängigkeit Taiwans sowie die Rechte der Sonderverwaltungszone Hongkong in**
122 **den Vordergrund gerückt werden.**

1 *Antragssteller: Junge Union Kiel, RCDS Schleswig-Holstein*

2 **Antrag 6:**

3 **Junge Menschen in der Pandemie nicht vergessen!**

4 **Junge Menschen leiden besonders unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie: Es**
5 **können weder Partys noch neue Lebensabschnitte gefeiert werden, Freundinnen und**
6 **Freunde werden statt in der Schule oder im Club bei Clubhouse gehört oder bei Zoom**
7 **gesehen, das erste Semester an der Universität wird zum Semester vor dem Bildschirm.**
8 **Umso wichtiger ist es, dass die jungen Menschen, von Schüler über Auszubildende bis**
9 **zur Studentin gehört und gesehen werden!**

10 **Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt daher den Perspektivplan der**
11 **Landesregierung der auch Perspektiven für junge Menschen aufzeigt. Außerdem**
12 **befürwortet die Junge Union Schleswig-Holstein die bisher getroffenen Maßnahmen für**
13 **Studierende wie die verlängerte Regelung zum Freiversuch bei Klausuren während der**
14 **Pandemie, die Freisemesterregelung zum Sommersemester 2020 sowie Wintersemester**
15 **2020/21 und den erleichterten Zugang zum BAföG.**

16 **Darüber hinaus fordert die Junge Union Schleswig-Holstein für den Bereich der**
17 **Hochschulen:**

- 18 • **Beratende Unterstützung und alternative Kennenlernformate für**
19 **Studienanfängerinnen und -anfänger durch das Studentenwerk SH und die**
20 **Fachschaften, z. B. ein Buddy-Programm von älteren Semestern für Erstsemester**
- 21 • **die Möglichkeit einer Erstattung des stadt- und landesweiten Semestertickets**
22 **für das Sommersemester 2021, wenn weiterhin primär Onlinelehre stattfindet**
- 23 • **die Ausweitung der Freisemester-Regelung auf das Sommersemester 2021, falls**
24 **weiterhin Beeinträchtigungen im üblichen Lehr- und Prüfungsbetrieb bestehen**
- 25 • **die schnellstmögliche Wiederaufnahme von patienten- und praxisbezogenen**
26 **Präsenzveranstaltungen, bei denen der Mindestabstand nicht eingehalten**
27 **werden kann (Human- und Zahnmedizin), unter strengen Hygienevorschriften**
- 28 • **eine Flexibilisierung der Durchführungsbedingungen des Präparierkurses für**
29 **(Zahnmedizinstudenten unter bestmöglichen Hygienebedingungen und**
30 **schnellstmögliche Wiederaufnahme des regulären Präparierkurses)**

- die Bereitstellung durch die Lehrkrankenhäuser von OP-Masken bzw. in Einzelfällen auch FFP2-Mundschutzen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr sowie im allgemeinen klinischen Einsatz
- eine Priorisierung von PJlern und Medizinstudierenden, die im Krankenhaus an besonders exponierten Stellen eingesetzt werden, in der Impfstrategie des Bundes und Landes, z. B. mit einer Impfung mit dem Astra Zeneca-Impfstoff

Nicht nur der Bereich der Hochschullehre ist zu betrachten, sondern auch die Situation vieler Auszubildender im Land. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- die weitere (finanzielle) Förderung der Anstellung und Übernahme von Auszubildenden auch während der Corona-Krise
- eine Initiative der Industrie- und Handelskammer, die Auszubildenden des Landes jahrgangsübergreifend miteinander digital zu vernetzen und somit eine Austauschplattform zu schaffen
- die Ausrufung eines landesweiten Wettbewerbs „Meister(in) der Ausbildung trotz und mit Corona!“

Begründung:

Vor allem Studienanfängerinnen und -anfänger haben große Schwierigkeiten, sich bei reiner Onlinelehre an den Universitäten und Hochschulen zurechtzufinden, einzuleben und neue Kontakte und Freunde in einer fremden, neuen Stadt zu finden. Online-Kennenlernformate der Fachschaften sollen durch coronakonforme Präsenzveranstaltungen, z. B. eine Stadt-Schnitzeljagd zu zweit oder ein Buddy-Programm zwischen älteren und Erstsemestern, ergänzt werden.

Viele Studierende und Auszubildende leiden in der Pandemie, nicht nur durch die Einschränkung ihrer sozialen Kontakte, sondern auch finanziell. Viele Minijobs fallen durch die Schließung des Einzelhandels und der Gastronomie weg. Durch die Erstattung der Kosten des landesweiten Semestertickets im Sommersemester 2021 (bei Aufrechterhaltung der Onlinelehre) würde für viele Studierenden ein großer finanzieller Mehraufwand wegfallen und alle Studierenden finanziell entlasten.

Die Corona-Pandemie hat auch in der universitären Lehre die Möglichkeiten von Online-, Distanz- und Hybridunterricht gezeigt. Aber eben auch dessen Grenzen. Besonders

Studierende der medizinischen, aber auch anderer praxisorientierter Fächer können während der Pandemie keine Praxiserfahrungen sammeln. Praxisunterricht muss in praxisnahen Fächern so schnell wie möglich wieder unter den bestmöglichen Hygienebedingungen stattfinden können, um eine optimale Ausbildung und damit auch die Zukunft gute medizinischer Versorgung gewährleisten zu können.

Ein großes Problem sowohl für Studierende als auch für Auszubildende bildet die Tatsache, dass durch den Wegfall von Präsenz- und praxisbezogenen Lehrveranstaltungen die Regelstudien-/ausbildungszeit nicht eingehalten werden kann. Nicht nur der zeitliche Mehraufwand, sondern auch die damit steigende finanzielle Belastung stellen große Belastungen für viele junge Menschen dar. Umso wichtiger ist es, dass das Fachsemester für hochschulrechtliche und ausbildungsförderungsrechtliche Regelungen, die an die Regelstudienzeit oder an die Fachsemesterzahl anknüpfen, nicht gewertet wird. (Freisemester) sowie für Ausbildungswege flexible und individuelle Möglichkeiten geschaffen werden.

Hochschulen, Ausbildungsbetriebe und berufsbildende Schulen müssen ihr Möglichstes tun, um die Studierenden und Auszubildenden in der seit gut einem Jahr andauernden Pandemie bestmöglich zu unterstützen. Das geht einerseits mit finanziellen Erleichterungen und materieller Unterstützung, aber vor allem auch mit Empathie, Verständnis und Wohlwollen. Die Junge Union Schleswig-Holstein ruft alle Verantwortlichen auf, jungen Menschen in Studium und Ausbildung bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen.

1 **Antragssteller: JU Kreisverband Segeberg**

2 **Antrag 7:**

3 **Prävention von Hetze und Gewalt gegen Politiker**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Präventionskurse für Kommunalpolitiker, in denen Maßnahmen zum Schutz der
- 6 eigenen Sicherheit vermittelt werden,
- 7 • Erweiterte Befugnisse für die Sicherheitsbehörden im Internet,
- 8 • Schnelleres Entfernen von Beleidigungen im Internet
- 9 • Härtere Strafen für Beleidigungen, Bedrohung oder Verhöhnung von
- 10 Mandatsträgern.

11 **Begründung:**

12 Wir erleben es aktuell immer wieder, dass gegen Politiker gehetzt oder sie bedroht
13 werden. Beispiele hierfür sind Hassmails an Cem Özdemir oder der Mord an Walther
14 Lübcke. Motiv ist oftmals die Ablehnung der politischen Meinung der Opfer. Gerade
15 Kommunalpolitiker müssen als Ehrenamtler vor solchen Angriffen geschützt werden.

1 *Antragssteller: JU Kreisverband Segeberg*

2 **Antrag 8:**

3 **Politische Bildung in der Schule**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Projekte in der Schule zu politischen Themen
- 6 • Die Trennung von Erdkunde und Geschichte in allen Schularten
- 7 • Alternativ die Erhöhung der Wochenstunden für Weltkunde
- 8 • Einen Pflichtbesuch im schleswig-holsteinischen Landtag

9 **Begründung:**

10 Nicht an allen Schularten werden die Fächer Geschichte, Politik und Erdkunde getrennt
11 unterrichtet, da es den Schulen freisteht diese auch in dem Sammelfach Weltkunde zu
12 unterrichten. Das führt dazu, dass einigen Themen nicht ausreichend behandelt werden,
13 zum Beispiel unser Grundgesetz, der Zweite Weltkrieg oder unser Wahlsystem. Gerade
14 bei diesen wichtigen Themen dürfen wir es nicht zulassen, dass diese nicht in der Schule
15 behandelt werden.

1 **Antragssteller: JU Kreisverband Segeberg**

2 **Antrag 9:**

3 **Kultur im digitalen Wandel für alle**

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • Die Ablehnung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit für
- 6 geschlechtsspezifische Vereine,
- 7 • Die Erhaltung von Landgasthöfen und Spielstätten in der Fläche
- 8 • Einen Studiengang „Lehramt Darstellendes Spiel“ an der CAU,
- 9 • Alle Schulen dazu auf das Fach Darstellendes Spiel anzubieten,
- 10 • Eine Erweiterung des Angebots für die Lehrkräfte für darstellende und
- 11 musikalische Fächer,
- 12 • Die Intensivierung des Projektes „Schule trifft Kultur“ mit Einbeziehung von
- 13 Amateurvereinen,
- 14 • Ein erweitertes Angebot für junge Menschen durch das Landestheater,
- 15 • Frühzeitige Verhandlungen über eine Weiterführung und Ausweitung der
- 16 Kulturförderung auch nach 2021,
- 17 • Die Harmonisierung der SE-Kultur Tage und des allgemeinen Vertrages zwischen
- 18 dem Kreis Segeberg und dem VJKA
- 19 • Den Kunst- und Musikunterricht, um digitale Konzepte zu erweitern, wie zum
- 20 Beispiel Videoprojekte,
- 21 • Die Befähigung von Ehrenamtlern, talentierte Künstler bei deren Übergang in
- 22 den professionellen Bereich zu unterstützen,
- 23 • Die Anschaffung von digitaler Ausrüstung für Schulen zur Umsetzung digitaler
- 24 Kunst,
- 25 • Den zügigen Beschluss der Neufassung des Medienstaatsvertrages,
- 26 • Die Überarbeitung des Medienkonzentrationsrechts.

27 **Begründung:**

28 Kultur und Kulturpolitik klingt für viele junge Menschen oft nach stundenlangen
29 Theateraufführungen, Opern oder abstrakter Kunst. Kultur findet aber auch an vielen
30 anderen Orten statt, sei es im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den
31 Pfadfindern. Diese Begegnungsstätten bieten Raum für kulturellen Austausch und

32 prägen gerade junge Menschen in ihrer Entwicklung. Diese Begegnungsstätten werden
33 immer knapper. Deshalb muss sich die Politik auf allen Ebenen dafür einsetzen,
34 Landgasthöfe und Spielstätten in der Fläche zu erhalten. Vereine bilden die Grundlage
35 für unser Zusammenleben. Zu einer vielfältigen Kulturlandschaft gehören sowohl die
36 Landfrauen als auch Männergesangsvereine. Diese Vereine diskriminieren ihre
37 Mitglieder nicht nach Geschlecht, sondern pflegen Kunst und Kultur. Die Junge Union
38 Segeberg lehnt deshalb eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit für „reine
39 Männervereine“ entschieden ab.

40 Des Weiteren werden gerade junge Menschen in ihrer Kultur in der Schule geprägt. Es
41 gibt dafür viele Angebote, wie eine Theater-AG, eine Orchester-AG oder auch das
42 Schulfach Darstellendes Spiel. Für die Ausbildung von Lehrkräften für den
43 darstellenden und musikalischen Bereich müssen geeignete Voraussetzungen
44 geschaffen werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Schulen zum Angebot des
45 Schulfaches Darstellendes Spiel zu verpflichten. Um sich übergreifend in den Schulen zu
46 vernetzen, bietet das Projekt der Landesregierung „Schule trifft Kultur“ eine
47 hervorragende Grundlage. Es ist zu überlegen, die Struktur des Projektes auch
48 intensiver auf den Amateurbereich auszuweiten. Denn oft macht das Theater spielen in
49 der Schule viel Spaß. Nach Beendigung der Schulzeit geht es leider oft verloren, da der
50 Übergang in eine Theatergruppe eine Hürde darstellt. Wenn in der Schule schon
51 Kontakte geknüpft wurden, wird dieser Übergang erleichtert und das kulturelle Leben
52 vor Ort stärker gefördert.

53 Kultur in der Schule, Arbeitswelt und der Kunst verändert sich stetig mit dem Wandel in
54 das digitale Zeitalter. Dies wirkt sich auf die Möglichkeiten der Verteilung und
55 Umsetzung von Kultur aus. YouTuber und Influencer gehören genauso zur
56 Kunstlandschaft wie altehrwürdige Theater. Es gilt gerade in den Landestheatern neue
57 Angebote zu erschaffen, die sich an das junge Publikum richten und diese auf eine neue
58 Weise anzusprechen. Auch der Kunstunterricht muss in dem Bereich Digitalisierung
59 weiterentwickelt werden, zum Beispiel durch Videoprojekte. Dafür muss auch eine
60 entsprechende Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden.

61 Mit dem Blick auf den Kreis Segeberg wird im Bereich Kultur schon viel unternommen.
62 Zu nennen sind hier zum Beispiel die Karl-May-Festspiele, die dieses Jahr den siebten

Besucherrekord in Folge mit zuletzt mehr als 400.000 Zuschauern im Freilichttheater am Kalkberg feiern durften.

Der Kreis Segeberg hat mit dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit (VJKA) einen unbefristeten Vertrag über die Übertragung und die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung geschlossen. Primär sollen junge Menschen in ihren persönlichen und sozialen Lebensbedingungen unterstützt werden, ihre musisch-kulturellen Fähigkeiten entfalten, sowie kulturelle, regionale und politische Erfahrungen und Vorstellungen aufnehmen, verarbeiten und weitergeben. Dazu dienen unter anderem die kreiseigenen Einrichtungen der Musikschule und des Kulturhauses „Remise“. Die Kreismusikschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur musikalischen Bildung. Für besonders begabte Schüler muss ein Übergang in die Professionalität ermöglicht werden. Gerade das Kulturhaus lebt die Vielfalt und Spannweite des kreativen Schaffens mit ganz unterschiedlichen Projekten, Formaten und Aktivitäten. Gearbeitet wird mit professionellen Fachkräften und engagierten freien Kulturschaffenden, die Begeisterung und Leidenschaft für die Kultur und ihre Wirkungskräfte prägen. Die jährliche Förderung des Kreises für die Aufgabenübertragung an den VJKA liegt aktuell bei ca. 2,2 Millionen Euro. Die Zuwendungen sind bis 2021 festgelegt. Die Junge Union setzt sich dafür ein, dass sich frühzeitig um eine Verlängerung und Aufstockung der Zuwendungen bemüht wird, um eine Ausweitung der Kulturarbeit bei uns im Kreis zu erreichen.

Darüber hinaus wird der VJKA seit 2012 mit der Durchführung der SE-Kulturtage beauftragt. Hierfür stehen dem Verein 107.000 Euro jährlich zur Verfügung. Zu nennen sind hier besonders drei Formate des Projektes, die gerade in den letzten zwei Jahren für eine deutliche Steigerung der Qualität der SE-Kulturtage gesorgt haben. Das Format „Junge Kunst“ stärkt junge Künstler aus der Region und wurde bereits zweimal ausdrücklich und gerne vom Land Schleswig-Holstein unterstützt. Die Formate „SE-KulturDorf“ und „SE-KulturNacht“ wurden sowohl im Land als auch im Bund als Modellprojekte ausgewählt und gefördert. Inzwischen verfügt der Kreis Segeberg mit diesen Formaten überregional über ein Alleinstellungsmerkmal und unterhält damit erfolgreiche Vorzeigemodelle, die mit ihrer Ausstrahlung bis in die Metropolregion Hamburg zur Erhöhung der Attraktivität des ländlichen Raums nachhaltig beitragen. Die Junge Union fordert, dass es ab dem 01.01.2022 zu einer Harmonisierung der SE-

95 **Kultur Tage und des allgemeinen Vertrages zwischen dem Kreis Segeberg und dem VJKA**
96 **kommt.**

97 **Wie schon erwähnt, verändert sich unsere Kultur mit einer Verschiebung zu digitalen**
98 **Technologien. Doch unsere Gesetze haben es in den letzten Jahren nicht geschafft sich**
99 **zeitgemäß weiterzuentwickeln. Gerade im Bereich des Medienrechts sind große**
100 **Defizite vorhanden. Die Junge Union Segeberg begrüßt die Neufassung eines**
101 **Medienstaatsvertrages. Diese sollte zügig vorangetrieben werden. Zudem muss das**
102 **Medienkonzentrationsrecht überarbeitet werden, da die Aktuelle Fassung zu sehr auf**
103 **die Fernsehlandschaft fokussiert.**

104 **Generell gilt, Kultur ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir alle gemeinsam tragen**
105 **müssen. Kultur geht über Opernsäle hinaus und beginnt schon vor unserer Haustür.**